

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreis:
Einzelnummer 25 Pf. — Durch Anstreger oder durch die Post: monatlich 2,50 M.,
vierteljährlich 7,50 M., frei ins Haus.

Verlagsort: Breslau, Br. 49/50
Verlag: Sozialistischer Verlag, z. B. u. S. B., Breslau.

Abzugspreis: Die vollständige Heftenserie über einen Zeitraum von 1 Jahr, bestehend aus 12 Hften, kostet 2,50 M.
Kontingente: Die Heftenserie, bestellbar über jeden Bank, gleich dem U. S. B.

Warum geht die U. S. D. nicht in die Regierung?

Parteiorganen und Parteigenossen!

Der 6. Juni hat unserer Partei einen bedeutenden Wahlerfolg gebracht; als zweitstärkste Partei werden wir im Reichstag vertreten sein. In der Zukunft hoffentlich unserer Wähler ist enthalten die Massenbewegung der deutschen Proletariats.

Wir haben den Wahlkampf geführt von den Grundsätzen des revolutionären, wissenschaftlichen Sozialismus, getreu den Forderungen unseres Leipziger Aktionsprogramms. Wir haben unsere Wählerklar und deutlich gesagt, daß in der gegenwärtigen sozialen Revolution das Parlament weder der Beschleunigung des Wirtschaftens anhalten, noch dem Proletariat durchgreifende Rettung aus seinen sozialen Nöten bringen kann. Wir haben erklärt, daß Wahlkampf und Parlamentarismus nur ein Mittel des proletarischen Kampfes sind, daß in dem Augen unserer Zeit die Aktion der Masse der vornehmste und entscheidendste Kampfsmittel sei.

Den Wahlkampf hat unsere Partei als Kampf der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Parteien und der verbürgerlichten Sozialisten geführt. Nach dem Wahlerfolg vor parlamentarischer Demokratie, und das parlamentarische Wahlergebnis konnte unsere Partei in die Bildung der parlamentarischen Regierung mit in Betracht kommen.

Nach den Gesetzen des proletarischen Kampfes ist aber eine Beteiligung unserer Partei an der Regierung unbedenklich.

Das Zentralkomitee der Partei hat dies in seiner sozialistischen Politik, als es das rechtssozialistische Gesuch auf Teilnahme an der Regierung ablehnte. Die Zurückweisung des Gesuchs in eine Resolution wurde vom Gesamtwahlgesetz folgende Maßnahmen beschlossen:

„Die U. S. D. kann nicht in eine Regierung eingetretener, die sich die Wiederherstellung der im Arbeiterkampf zusammengebrochenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Parlamentarismus den Sozialismus neu belebt und sich, wie es die bisherige sozialdemokratische Regierung getan hat.“

Der Eintritt der U. S. D. in eine solche Regierung würde eine Umkehrung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich befolgt hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und Kleinrentner, die der U. S. D. bei der Reichstagswahl Stimmen und Vertrauen geschenkt haben für die energische Fortsetzung ihrer Politik des unerschrockenen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.

Zur Erreichung dieses Zieles ist die U. S. D. von Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter nunmehr ausgeführt eine Politik der Ablehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten herrschenden Klasse, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die U. S. D. gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht unfähig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern.

Das Verhalten der Mehrheit, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Koalitionspolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nicht befangen werden durch die Forderung, die das Proletariat bevorzugen und mit ihm einen Koalitionspunkt, sondern nur durch die Forderung der unerschrockenen proletarischen Aktion, die zur Beseitigung der politischen Macht durch das Proletariat und seinen Verbündeten, die zur Beseitigung des Kapitalismus führen.

Eine solche Forderung ist die Forderung, die notwendig ist, um die U. S. D. zu einer Partei zu machen, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Das Verhalten der U. S. D. bei den Reichstagswahlen hat gezeigt, daß die U. S. D. eine Partei ist, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Das Verhalten der U. S. D. bei den Reichstagswahlen hat gezeigt, daß die U. S. D. eine Partei ist, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Das Verhalten der U. S. D. bei den Reichstagswahlen hat gezeigt, daß die U. S. D. eine Partei ist, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Das Verhalten der U. S. D. bei den Reichstagswahlen hat gezeigt, daß die U. S. D. eine Partei ist, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Das Verhalten der U. S. D. bei den Reichstagswahlen hat gezeigt, daß die U. S. D. eine Partei ist, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Das Verhalten der U. S. D. bei den Reichstagswahlen hat gezeigt, daß die U. S. D. eine Partei ist, die sich den Interessen der Arbeiterklasse widmet und in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu führen und zu vertreten.

Die Mehrheit der Minister Verfechter und Helfer der kapitalistischen Wirtschafspolitik und des kapitalistischen Privateigentums sind?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister ausüben die Verantwortung der Regierung, wenn ihnen bekannt ist, daß die Arbeiterklasse den wilden Wut erfordern würde?

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Erreichung der Arbeit, für die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterklasse, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Hungerkatastrophen tun?

Das Zentralkomitee
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

